

Regierung beschränkt sich bei Klimaschutz auf das Machbare

BUDAPEST (owr/gtai)--Ungarn will in Brüssel eine Umschichtung der EU-Fördermittel im laufenden Haushalt nicht nur zugunsten inländischer KMU, sondern auch von energieeffizientem Sanieren erreichen. Bedarf wird bei über 100.000 öffentlichen Gebäuden gesehen. Für den Bereich der erneuerbaren Energieträger (EE) gibt es Pläne, diesen zunächst durch Deregulierungen für private Investitionen attraktiver zu machen. Vom neuen EE-Aktionsplan, der nach Fristverlängerung Ende September fällig wird, sind keine neuen Akzente zu erwarten.

Abbau der Haushaltsschulden lässt keine großen Sprünge zu

Nachdem Ungarns Wirtschaftsminister, György Matolcsy, in dessen Ressort auch die Zuständigkeit für Finanzen fällt, für das kommende Jahr den weiteren Abbau des Haushaltsdefizits auf unter 3% vom BIP bestätigt hat, dürfte feststehen, dass es vorläufig bei einem sehr engen finanziellen Spielraum für die staatliche Wachstums- und Beschäftigungsförderung bleibt. Die Fidesz-Regierung war zunächst von einer Defizitauseweitung um mehr als einen Prozentpunkt ausgegangen. Gegenwärtig bremsen die Umstrukturierungen in der Administration und die internen Abstimmungsprozesse über die künftige Entwicklungspolitik und ihre Finanzierung den Abfluss von Mitteln aus laufenden nationalen und EU-Förderprogrammen. So ruht unter anderem die Ausschreibung aus dem vergangenen Jahr für Energieeffizienz-Projekte unter dem operationellen Programm KÉOP, für die das Interesse ausgesprochen groß war. Die bislang eingegangenen rund 1.400 Projektvorschläge sprengen bereits den Mittelrahmen bis 2013. Auch das sogenannte Grüne Investitionssystem, das die Verteilung öffentlicher Subventionen für energieeffizientes Sanieren und Bauen für Plattenbauten und andere Wohngebäude steuert, ist - dem Vernehmen nach - gegenwärtig nicht mehr aktiv. Für diesen Bereich hat der für Energie und Wohnungsbau zuständige Staatssekretär im Wirtschaftsministerium, Janos Bencsik, das neue KÉK-Programm der Regierung ausarbeiten lassen, dessen finanzielle Unterfütterung aber offensichtlich noch nicht sichergestellt ist.

200.000 Wohnungen sollen energieeffizient saniert werden

Der Start des KÉK-Programms war für Anfang des kommenden Jahres angekündigt. Es sieht zunächst die energieeffiziente Sanierung von jährlich 100.000 Wohnungen vor und Investitionen von rund 100 Mrd HUF (361 Mio EUR). Später sollen es bis zu 200.000 Wohnungen pro Jahr sein. KÉK dürfte - wie auch das Grüne Investitionssystem - Zugriff auf die Verkaufserlöse für CO₂-Emissionsrechte erhalten. Inwieweit Budgetmittel dafür bereitgestellt werden können, ist gegenwärtig unklar. Dennoch zeichnet sich ab, dass die Fidesz-Regierung als ersten Schritt zur Verwirklichung der Klimaziele auf Energieeffizienzmaßnahmen setzt. Das bestätigt der für Klimaschutz zuständige Staatssekretär im Wirtschaftsministerium, Péter Olajos. Die Maßnahmen seien hier am billigsten und am kosteneffizientesten. Nicht zuletzt dürften auch die Einschaltmöglichkeiten kleiner ungarischer Baufirmen dafür maßgeblich sein. Zunächst geht es vor allem wohl um Wand- und Dachisolierungen sowie den Austausch von Fenstern und Türen. Die Maßnahmen sollen nachweislich zu einem hohen Energiespareffekt führen. Bisher sind Isolierungen - vor allem von Plattenbauten - in der Regel mit viel zu dünnen Polystyrol-Platten vorgenommen worden. Zukünftig sollen deshalb 16 mm zum Standard werden. Um KÉOP-Mittel können sich nur öffentliche Projektträger oder Unternehmen bewerben. In Verhandlungen mit der EU bemüht sich Ungarn darum, die noch bis 2013 zur Verfügung stehenden

Mittel zu Gunsten von Energieeffizienzinvestitionen umzuschichten. Inoffiziell ist dazu zu hören, dass dies unter anderem zu Lasten der Umweltschutz-Programme gehen soll. Auch gegenüber erneuerbaren Energieträgern wird der Energieeffizienz zunächst Vorrang gegeben. In Städten und Gemeinden gibt es laut Olajos rund 100.000 Gebäude, die energietechnisch saniert werden müssen, und auf Regierungsebene rund 600. Die entsprechenden Projekte sollen zu 100% mit EU-Mitteln finanziert werden. Welche Maßnahmen dafür im Einzelnen förderbar sein sollen, ist zurzeit noch unklar. Für die EE-Ausschreibungen unter KÉOP ist die Resonanz bislang begrenzt geblieben. Olajos berechnet, dass nur für 20% der Investitionen, die nötig sind, um 2020 13% des Primärenergieverbrauchs aus Erneuerbaren bereitzustellen, staatliche oder EU-Mittel bereitstehen würden. Die restlichen 80% müssten vom Markt finanziert werden. Das gebe das Umfeld für Investitionen in erneuerbare Energien in Ungarn gegenwärtig aber nicht her, so Olajos.

Genehmigungsverfahren sollen vereinfacht werden

Die Regierung will zunächst Deregulierungen für unternehmerische Aktivitäten im EE-Bereich auf den Weg bringen. Dazu gehören nach den Worten von Olajos eine wesentliche Straffung der Rechtsvorschriften, die Vereinfachung der Genehmigungsverfahren und auch Erleichterungen beim Netzzugang. An der geltenden Einspeisevergütung seien vorläufig aber keine Änderungen geplant, so Olajos, so dass der neue EE-Aktionsplan in dieser Hinsicht wenig Neues bringen wird. Die Einschaltung von Energie-Service-Unternehmen – sogenannten Esco – für die Finanzierung ist bisher in Ungarn nicht üblich.